

Symposium „Facebook, Instagram und Co. Die Bedeutung Neuer Medien für Extremismus und Prävention“

– Workshopdokumentation –

Workshop 1

„Verschwörungstheorien, Reichsbürger, Neue Medien“

Der Workshop „Verschwörungstheorien, Reichsbürger, Neue Medien“ knüpfte an den Fachvortrag von Prof. Dr. Michael Butter vom Vormittag an. In Kooperation mit Dr. Sven Schönfelder, Referent im Niedersächsischen Verfassungsschutz, wurden in der Diskussion mit Prof. Butter die theoretischen Ansätze zu Verschwörungstheorien mit den alltäglichen Herausforderungen, insbesondere im Umgang mit sogenannten Reichsbürgern und Selbstverwaltern, verknüpft.

Die Diskussion drehte sich insbesondere um die Fragen nach der Gefährlichkeit, Waffenaffinität und generellen Handlungsempfehlungen gegenüber Reichsbürgern.

Eine grundsätzliche Antwort auf die Frage nach dem Umgang mit Reichsbürgern und Selbstverwaltern konnte aufgrund fehlender Studien und Erfahrungen nicht gegeben werden. Es wurde schnell deutlich, dass der Eigenschutz immer Vorrang hat. Der Versuch, die Verschwörungstheoretiker durch Fakten und Argumente zu überzeugen, so die Einschätzung von Prof. Butter, sei kein erfolgversprechender Lösungsansatz. Die Personen seien in ihrer Meinung so gefestigt, dass sie für rationale Argumente nicht zugänglich seien und sich nicht auf eine offene Diskussion einließen.

Dies hat Konsequenzen für staatliche Stellen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die von Reichsbürgern oder Verschwörungstheoretikern mit Schreiben überhäuft und bedroht werden, sollten den persönlichen Kontakt meiden. Die Frage nach einer grundsätzlichen Gewaltbereitschaft und Waffenaffinität von Reichsbürgern, Selbstverwaltern und Verschwörungstheoretikern kann nicht pauschal beantwortet werden.

Nichtsdestotrotz sind die sogenannten Reichsbürger und Selbstverwalter eben durch den gewaltsamen Tod eines Vollzugsbeamten in Bayern in den medialen Fokus gerückt. Wichtig ist es festzuhalten, dass weder Verschwörungstheorien noch die Idee von Selbstverwaltung neue Phänomene sind. Jedoch sind Reichsbürger sowie die scheinbar vermehrte Präsenz von Verschwörungstheorien infolge des Gewaltaktes im medialen, politischen und gesellschaftlichen Diskurs deutlich in den Vordergrund gerückt.

Workshop 2

„Linksextremismus in Gesellschaft, Medien und Internet – eine aktuelle Betrachtung“

Dr. Udo Baron und Julia Haberland, Mitarbeiter des Niedersächsischen Verfassungsschutzes, referierten im Workshop „Linksextremismus in Gesellschaft, Medien und Internet – eine aktuelle Betrachtung“ über die linksextremistische Szene, die Ideologie und die unterschiedlichen Aktionsfelder.

Im Kern definieren sich Linksextreme über Anti-Haltungen und verwenden Themen, die in der Mitte der Gesellschaft verankert und damit anschlussfähig sind, wie Antifaschismus, Antirassismus, Antirepression und Antimilitarismus. Die Szene ist weder homogen noch linear. Geprägt ist die Szene von Doppeldeutigkeit: Die Gewalt, so die Linksextremisten, geht nur von einer Seite, nämlich vom Staat, aus, während die Szene auf diese nur reagiert (passive Gewalt). Aus dieser Opferideologie heraus wird das Recht hergeleitet und gerechtfertigt, sich gegen den Staat zu wehren. Das staatliche Gewaltmonopol wird nicht nur abgelehnt, sondern der politische Gegner zudem entmenschlicht.

Das Spannungsfeld innerhalb der Szene war bei den Aktionen in Hamburg – um den G20-Gipfel – und in Gorleben erkennbar. Diesbezüglich stellte sich im Workshop die Frage, wohin der Weg der Autonomen in Zukunft führen wird.

Am Ende des Workshops wurde die Nutzung der „Neuen Kommunikationsmedien“ in der Szene näher beleuchtet. Hierbei wurde deutlich, dass die Szene diese für unterschiedliche Zwecke verwendet: 1) Verbreitung der Ideologie, 2) Vernetzung der Szene, 3) Mobilisierung, 4) Outing von politischen Gegnern. Die Kommunikationsplattform Telegram ist hier im Fokus und wird eher genutzt als WhatsApp. Obwohl oder gerade weil die Szene technisch sehr versiert ist, bestehen auch diverse Vorbehalte den Medien gegenüber. Die kritische Grundhaltung gegenüber den „Neuen Medien“ lässt Rückschlüsse zu, warum das verbotene Netzwerk „linksunten.indymedia“ noch keinen ernsthaften Nachfolger gefunden hat. Bei Indymedia oder auch Independent Media Center handelt es sich um ein globales Non-Profit-Netzwerk von Medienaktivisten und Journalisten im Internet, welches eine Plattform zur Vernetzung bestehender alternativer Medienprojekte bereitstellt. Zwar gibt es mittlerweile eine deutsche Version von Indymedia mit dem Namen Indymedia.org, jedoch hat sich diese bisher nur bedingt durchsetzen können.

Fragen nach möglichen Präventionsmaßnahmen mit Fokus auf Linksextremismus leiteten die anschließende Diskussion.

Workshop 3

„Die Rolle Neuer Medien im Salafismus – Befund, Entwicklungen und Gegenstrategien“

Den Workshop „Die Rolle Neuer Medien im Salafismus – Befund, Entwicklungen und Gegenstrategien“ boten ein Referent des Bundeskriminalamtes (BKA), Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus des BKA, und Verena Voigt, Mitarbeiterin im Niedersächsischen Verfassungsschutz, gemeinsam an.

Zur Einleitung in das Thema Salafismus und „Neue Medien“ wurde von Frau Voigt kurz die professionelle und intensive Nutzung des Internets durch Salafisten dargelegt. Bekannt ist, dass ein großer Teil der überregionalen Verbreitung von Propaganda zur weltweiten Rekrutierung insbesondere im jihadistischen Salafismus durch das Internet erfolgt. Dies geschehe durch Angebote, die sich an unterschiedliche Zielgruppen wenden und beispielsweise Geschlecht, Alter und kulturellen Hintergrund berücksichtigen. Der Kampf um den sogenannten Islamischen Staat wurde durch professionell arbeitende Medienabteilungen so in Szene gesetzt, dass Beobachter auf der ganzen Welt beinahe unmittelbar teilhaben konnten. Zudem lande man im Netz bei der Suche nach Themen rund um den Islam gerade in deutscher Sprache sehr schnell auf Seiten, die sich dem salafistischen Spektrum zuordnen ließen.

Der zweite Part des Workshops widmete sich CONTRA, einem Präventionsprojekt gegen Radikalisierung durch Propaganda im Internet. Der Referent des BKA führte aus, dass Jugendliche im Rahmen des Projektes für die Inhalte von Hassbotschaften und extremistischer Propaganda im Internet sensibilisiert, ihre Medienkompetenz gestärkt sowie das Erkennen und Einordnen von Manipulationsversuchen im Internet geschult werden sollen.

Das Projekt CONTRA baut auf den Erkenntnissen früherer Studien der Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus auf und nutzt diese. In Bezug auf Counter-Narrative beispielsweise habe man besonders positive Erfahrungen mit Botschaften erzielt, in denen es um Respekt oder gemeinschaftliche Aktionen gehe und Geschichten von Personen, die selbst betroffen waren und ihre Erlebnisse in kurzen Formaten erzählen.

Die Erkenntnisse der Studie werden in Form einer Handreichung zurzeit erstellt und voraussichtlich Ende des Jahres veröffentlicht.

Weitere Informationen über das Projekt finden sich auf:

https://www.project-contras.org/Contra/DE/Home/home_node.html

Workshop 4

„Hat der Krieg schon begonnen? Die hybride Kriegsführung Russlands“

Den Workshop mit dem Titel: „Hat der Krieg schon begonnen? Die hybride Kriegsführung Russlands“ leitete Wolfgang Rösemann, Referatsleiter beim Niedersächsischen Verfassungsschutz mit den Aufgabenfeldern Spionageabwehr, Wirtschaftsschutz und Geheimschutz.

Im Zentrum des Impulsvortrags von Herrn Rösemann standen die aktuelle Situation in Russland sowie die Beziehungen zu Russland. Anhand verschiedener Statistiken wurde deutlich, dass die wirtschaftlichen Entwicklungen Russlands in den letzten Jahren stagnieren. Zusätzlich sei die staatliche Verwaltung, insbesondere die Strafverfolgung, eng an das Putin-Regime gebunden. Die Motive für die hybride Kriegsführung Russlands wurden anhand einiger Konflikte verdeutlicht. Aufgeführte Konfliktthemen waren beispielsweise: Krimbesetzung, Auseinandersetzung mit der Ukraine, Fall Skripal in Großbritannien, Syrienkonflikt und Unterstützung der Regierung Assads, Abschuss des Fluges MH 17 der Malaysia Airlines und die Verbreitung von Fake-News in gleichgeschalteten russischen Medien sowie die Einflussnahme auf demokratische Wahlen.

Die hybride Kriegsführung Russlands sei auf die sogenannte Waleri Wassiljewitsch Gerassimow-Doktrin zurückzuführen. Diese sage aus, dass militärische Mittel gleichberechtigt neben nichtmilitärischen Mitteln zum Einsatz kommen sollen, z. B. auf dem Gebiet der Politik, der Wirtschaft oder der Informationstechnik. Somit werden Kriege an vier Fronten geführt: auf dem konventionellen Schlachtfeld, bei der Bevölkerung des angegriffenen Landes, bei der Heimatbevölkerung und vor der internationalen Öffentlichkeit. Mittel hybrider Kriegsführung seien dabei die Unterstützung regierungsfeindlicher Kräfte im Zielland (Beispiel AfD), Propaganda und Desinformation (Nachrichtenagentur „NewsFront“), Cyberangriffe (Angriffe auf Einrichtungen der Bundesregierung und des Bundestages, auf die Deutsche Bahn, auf das britische Gesundheitssystem NHS, auf das Unternehmen Telefónica und auf deutsche Krankenhäuser) und irreguläre Kampfpraktiken (Russische Rockergruppe „Nachtwölfe“ und Einsatz von Spezialkräften oder Kämpfern ohne Hoheitsabzeichen).

Die anschließende Diskussion beschäftigte sich mit der Frage nach Möglichkeiten des Schutzes vor Cyberangriffen und Manipulationen von Wahlen durch andere Staaten. Hierbei wurde deutlich, wie schwer ein ganzheitlicher Schutz von staatlichen Einrichtungen ist. Einen vollständigen Schutz vor Cyberangriffen, so Herr Rösemann, könne es nicht geben. Allerdings könnten sich staatlich gelenkte Angriffe auf beispielsweise diplomatische Beziehungen auswirken.